



Außerordentlicher Bundesparteitag der SPD in Berlin

31. August 2005

Beschlüsse

Vertrauen in Deutschland.



SPD

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Angenommene und überwiesene Anträge	3
Abkürzungen	3
Übersicht	3
Aufruf zur Bundestagswahl am 18. September 2005	4
Sonstige Anträge	8
II. Weitere Anträge	15

I. Angenommene und überwiesene Anträge

Abkürzungen:

A	Antrag
BPT	Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag vom 14. bis 17. November 2005 in Karlsruhe
IA	Initiativantrag
WM-PV-BTF	Erledigt durch Wahlmanifest und überwiesen an Parteivorstand und zukünftige Bundestagsfraktion
UB	Unterbezirk

Übersicht über die angenommenen und überwiesenen Anträge (angenommen fett gedruckt)

A-Nr.	Antragsteller	Stichwort	Entscheidung	Seite
IA 1	Parteivorstand	Aufruf zur Bundestagswahl am 18.09.05	Angenommen	4-7
A 3	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (BZ Hessen-Nord)	Kinderbetreuung	BPT	8
A 4	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (BZ Hessen-Nord)	Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer – Bekämpfung der Steuerhinterziehung -	BPT	8-9
A 5	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (BZ Hessen-Nord)	Einführung einer EU-Umsatzsteuer	BPT	9
A 6	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg (BZ Hessen-Nord)	Tagesbetreuungs- ausbaugesetz	BPT	9
A 8	Bezirk Hessen-Süd	Sicherheit im Wandel statt sozialer Kälte	WM-PV-BTF	10-12
A 9	Bezirk Hessen-Süd	Deutschland gerecht	WM-PV-BTF	12-14
A 10	Bezirk Hessen-Süd	Mindestlohn	WM-PV-BTF	14

Aufruf zur Bundestagswahl am 18. September 2005

Vertrauen in Deutschland - Gerhard Schröder muss Kanzler bleiben!

Die Bundestagswahl am 18. September ist eine Entscheidung über den politischen Kurs unseres Landes. Bundeskanzler Gerhard Schröder steht für eine Politik des Muts, des Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit, die unsere Gesellschaft zusammenhält. Angela Merkel will eine Politik der sozialen Kälte, die unsere Gesellschaft spaltet.

Der Wahlkampf verstärkt die Debatte über diese Unterschiede und bringt damit viel in Bewegung für Deutschland. Er schafft Klarheit über die unterschiedlichen Richtungen. Die Fragen nach der politischen Perspektive sind zugespitzt. Die Alternativen werden deutlich – personell und inhaltlich.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben mit Gerhard Schröder an der Spitze die Grundlagen für eine gute Zukunft unseres Landes gestärkt. Unser Weg hat Arbeit und Sicherheit und Menschlichkeit zum Ziel. Wir wollen ihn mit Gerhard Schröder als Kanzler weitergehen, getragen vom Mandat der Wählerinnen und Wähler.

Wir haben Vertrauen in Deutschland, in den sozialen Zusammenhalt seiner Gesellschaft, in die Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft und in die Kraft seiner Menschen.

Wir werben um Vertrauen für die Wahl am 18. September 2005.

Deutschland soll ein Land sein, in dem Freiheit und Gerechtigkeit und Solidarität gelten

Ein Land, in dem alle Menschen frei von Angst leben können, gleich welche Überzeugung, Herkunft, Religion oder Lebensart sie haben. Ein Land der guten Nachbarschaft nach innen und nach außen.

Ein Land, in dem alle Menschen Rechte und Pflichten haben, in dem alle ihren solidarischen Beitrag leisten für das Ganze, in dem die Stärkeren sich besonders engagieren und die Schwachen auf Hilfe vertrauen dürfen.

Ein Land, in dem menschenwürdige Arbeit für alle erreichbar ist, in dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Interessen bündeln und gemeinsam erstreiten können.

Ein Land, in dem die Herkunft nicht über die Zukunft entscheidet und jeder junge Mensch eine Chance auf eine gute Ausbildung hat.

Ein Land, in dem Geschlechtergerechtigkeit gelebt wird, in dem Frauen und Männer neben gleichen Pflichten auch gleiche Rechte haben und diese auch leben können.

Ein Land, das starke Friedensmacht in Europa und in der Welt ist.

Ein Land, das in die Zukunft investiert und das den sozialen Fortschritt sucht.

Ein Land, in dem Freiheit durch soziale Gerechtigkeit ermöglicht wird und in dem sie in Solidarität mündet.

Mutig für Reformen

Wir haben begonnen, Deutschland zu erneuern und auf die grundlegenden Herausforderungen unserer Zeit einzustellen: auf die Globalisierung, auf die technologische Revolution, auf das Zusammenwachsen Europas und auf die Alterung unserer Gesellschaft.

Das war anstrengend und bleibt anstrengend, es ist aber notwendig.

In diesen sieben Jahren Rot-Grün haben wir gemeinsam viel Gutes erreicht: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist gestärkt; 49 % mehr Exporte sind dafür ein deutliches Signal. Die Zahl der Erwerbstätigen ist – auch saisonbereinigt – gestiegen, aber die große Arbeitslosigkeit bleibt die schwerwiegendste Herausforderung.

Wir haben seit 1998 mit unseren historisch einmaligen Steuersenkungen für mehr Gerechtigkeit gesorgt. Hiervon haben insbesondere private Haushalte mit geringen bis mittleren Einkommen, Familien und mittelständische Unternehmen profitiert.

Immer mehr Jugendliche eines Jahrgangs beginnen ein Studium, das durch unsere Politik verbesserte BAföG hilft dabei. Wir fördern schon jetzt 3.000 Ganztagschulen, in denen Kinder mit Erfolg lernen können. Wir investieren in die Zukunft – mit mehr Mitteln für Forschung und Entwicklung. Wir stehen für den Ausstieg aus der Atomkraft und für die Förderung erneuerbarer Energien. Wir stehen für Maßnahmen gegen Diskriminierung, für bessere Integration, und für mehr Liberalität.

Wir stehen für eine klare eigene und eigenständige Position gegen den Irak-Krieg und im Bemühen um Frieden in der Welt. Wir stehen für eine gerechte Globalisierung. Unsere Politik beschreibt eine Agenda 2010, die soziale Gerechtigkeit auch durch Bildungsgerechtigkeit, durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und durch Generationengerechtigkeit sichert.

Deutschland steht heute für eine moderne und zukunftsfähige, soziale und liberale, weltoffene und solidarische Gesellschaft. Im Ausland wird das klarer gesehen und benannt als bei uns. Wer wie Frau Merkel behauptet, dass es Deutschland noch nie so schlecht gegangen sei wie heute, der offenbart nur seine Ignoranz. Wir wissen um die Stärke unseres Landes. Wir wollen es noch stärker machen.

Wir wollen ein Mandat für die kommenden vier Jahre, um unsere Politik der Erneuerung des Landes und des Zusammenhalts fortsetzen und fortentwickeln zu können.

Der 18. September 2005 wird eine Richtungsentscheidung

Merkel/Westerwelle wollen den Bruch mit dem Gesellschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft und der organisierten Solidarität. Sie stehen für eine Ökonomisierung im Denken und Handeln, für eine massive Privatisierung der Lebensrisiken, für eine Ellenbogengesellschaft, die unsolidarisch und kalt ist.

Der politische Konservatismus in Deutschland ist unter Angela Merkel substanzlos geworden. Er hat sich von werteorientierter Gesellschaftspolitik und sozialer Gerechtigkeit als Zielen vollständig gelöst.

Angela Merkel führt die CDU damit in die Ecke der FDP von Guido Westerwelle.

Wir setzen die Kraft der sozialdemokratischen Idee dagegen. Sie wird gebraucht. Wir kämpfen mit Leidenschaft in der Sache für unsere Ziele, aber auch mit Augenmaß für das Mögliche. Das Leben der Menschen den Interessen des großen Geldes unterzuordnen oder populistisch Illusionen zu fördern, ist gleichermaßen unverantwortlich.

Die sozialdemokratische Idee will den Weg der Vernunft und der konkreten Begeisterung. Das unterscheidet uns von den Ideologen und den Populisten: den Merkels und Westerwelles, den Lafontaines und Gysis. Der sozialdemokratische Weg hat die Solidität und das kreative Potential, auf der progressiven Seite der Gesellschaft, auf der Linken und weit in die Mitte hinein, als Leitidee wieder große Zustimmung zu erhalten. Die soziale Demokratie ist die zentrale Leitidee für sozialen Fortschritt.

Frau Merkel will in eine andere Richtung. Sie schlägt mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer ein Rezessionsprogramm vor. Ihre Politik schürt Unsicherheit und Angst: Sie propagiert die Zerschlagung der Arbeitnehmerrechte und drangsaliert mit der Besteuerung von Nacht-, Feiertags- und Sonntagszuschlägen sowie mit der Abschaffung der Pendlerpauschale und des Sparerfreibetrages untere Einkommensgruppen. Sie brüskiert die Ehrenamtlichen und sozial Engagierten mit Plänen zur Besteuerung von Übungsleiterpauschale und von Spenden an gemeinnützige Einrichtungen. Sie will den Spitzensteuersatz drastisch senken, die Kopfpauschale einführen und den Ausstieg aus der Atomkraft rückgängig machen.

In der Außenpolitik jongliert Frau Merkel populistisch mit europäischen Themen, droht europäische Vereinbarungen zu brechen und drückt sich davor, Bundeskanzler Gerhard Schröder eindeutig in seiner Irak-Politik zu unterstützen. Ihr fehlt das Format für eine eigene und eigenständige Außen- und Friedenspolitik.

Entschieden für soziale Gerechtigkeit

Unser Ziel ist klar: Soziale Gerechtigkeit auf hohem Wohlstandsniveau, für alle und dauerhaft.

Dieses Ziel ist nicht leicht erreichbar. Die objektiven Probleme sind erheblich. Es gibt keine einfachen Lösungen. Wir wissen das, aber das entmutigt uns nicht. Wir kämpfen für sozialen Fortschritt.

Wir stärken die Binnennachfrage; wir fördern zusätzlich private Investitionen in Wohnungen und Häuser sowie die energetische Gebäudesanierung. Wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weiter. Wir stärken Forschung und Entwicklung nachhaltig.

Wir stehen für die Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für die Durchsetzung der Gleichstellung von Männern und Frauen in Wirtschaft, Verwaltung, Forschung und Gesellschaft.

Kein junger Mensch unter 25 Jahren wird länger als drei Monate ohne Tätigkeit oder Qualifizierung sein. Wir fördern Beschäftigungspakte für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das Arbeitslosengeld II Ost wird auf West-Niveau angehoben.

Wir lehnen die Einführung von Studiengebühren für das Erststudium ab und halten am BAföG fest. Bis 2010 wird es rund 230.000 zusätzliche ganztägige Plätze in Krippen, Kita und Tagespflege geben. Damit fördern wir die Vereinbarkeit von Familien und Beruf ganz konkret. Junge Eltern sollen selbst entscheiden können, wie sie leben wollen.

Wir führen die solidarische Bürgerversicherung in der Gesundheitspolitik ein. Vergleichbar soll die Lösung bei der Pflegeversicherung sein. Wer leistungsfähig ist, muss auch stärker zur Solidarität beitragen. Das gilt in den sozialen Sicherungssystemen und in der Steuerpolitik.

Wenn die Wirtschaft wächst, Einkommen und Beschäftigung steigen, werden auch in Zukunft die Rentnerinnen und Rentner daran teilnehmen. Die Vorschläge aus CDU/CSU, die gezahlten Renten zu kürzen, lehnen wir ab.

Wählen

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger auf, am 18. September 2005 zu wählen.

Mit der Erststimme die SPD-Kandidatinnen und -Kandidaten im Wahlkreis. Es ist wichtig, engagierte und verlässliche Abgeordnete der heimischen Region in Berlin zu haben.

Mit der Zweitstimme Bundeskanzler Gerhard Schröder. Diese Stimme für die SPD entscheidet über die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag und damit darüber, ob Gerhard Schröder Bundeskanzler bleibt.

WIR SIND SICHER: Unser Ziel ist richtig –
Soziale Demokratie: Arbeit, Sicherheit, Menschlichkeit.

Und wir sind auf dem richtigen Weg –
wir erneuern Deutschland Schritt für Schritt
und wir halten das Land zusammen.

Sozialer Fortschritt ist möglich.

WIR WISSEN: Gerhard Schröder
ist der richtige Bundeskanzler
für diese schwierige Aufgabe

Wir haben Vertrauen in Deutschland.

(angenommen)

Antrag 3

Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
(Bezirk Hessen-Nord)

Kinderbetreuung: Auf den Anfang kommt es an

In Deutschland tragen die Bundesländer die Hauptverantwortung für die Kinder -und Jugendhilfe und somit für die Bereitstellung, die Organisation, den Betrieb und die Kontrolle frühkindlicher Betreuungseinrichtungen. Um die Qualität der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE- Einrichtungen) zu verbessern fordern wir folgende Punkte:

1. Ein Ausbau – vor allen Dingen in den alten Bundesländern – der Angebote für Kinder unter 3 Jahren und für Schulkinder zwischen 6 und 10 Jahren.
2. Ein aktiverer Ansatz (z.B. Familienzentren, etc.) für kleine Kinder mit Risikohintergrund und/oder besonderen Bedürfnissen.
3. Neugestaltung der Elternzeit.
4. Unterstützung der praktischen Arbeit durch berufsbegleitende Weiterbildung, Fachberater/innen und weitere erprobte Qualitätsmaßnahmen (z.B. verbesserte Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen im Sinne eines bildungspolitischen Tandem-Programms, Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für Pädagogen).
5. Eine Kooperation bzw. engere Verknüpfung von Bund und Ländern ist in der FBBE ist wünschenswert.

(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag vom 14. bis 17. November 2005 in Karlsruhe)

Antrag 4

Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
(Bezirk Hessen-Nord)

Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer – Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Falle vorgezogener Bundestagswahlen den Plänen der CDU zur Erhöhung der Mehrwertsteuer eine eindeutige Absage zu erteilen. Darüber hinaus werden die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktionen aufgefordert, ihren Einfluss geltend zu machen und den Druck auf die Landesregierungen zu verstärken mit dem Ziel, die Steuerhinterziehung durch die Aufstockung der Zahl der Betriebsprüfer und Steuerfahnder bei den Finanzbehörden wirkungsvoll zu bekämpfen.

Die Umsatzsteuereinnahmen der Bundesrepublik Deutschland belaufen sich auf gut 135 Milliarden Euro pro Jahr. Sie sind damit fast genauso hoch, wie die Einnahmen aus

der Lohn- und Einkommenssteuer. Die Erhöhung der Umsatzsteuer um vier Prozentpunkte, wie die CDU plant, wird zwar 32 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen bedeuten. Allerdings wird diese dramatische Erhöhung sich konjunkturfeindlich auswirken. Nach seriösen Angaben der Steuergewerkschaft (Vertretung der Steuerbeamten) gehen dem Staat jedes Jahr zwischen 17 und 20 Milliarden Euro Umsatzsteuer durch Betrügereien verloren. Beispielsweise beläuft sich die Summe durch Vorsteuerabzugbetrug auf mehr als 6,5 Milliarden Euro – das heißt, dass 6,5 Milliarden Euro an Firmen ausgezahlt werden, denen dieses Geld nicht zusteht! Die hessische Landesregierung spart auch bei den Finanzämtern Personal ein. Damit wird die Bekämpfung dieser Betrügereien immer aussichtsloser.

(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag vom 14. bis 17. November 2005 in Karlsruhe)

Antrag 5

Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
(Bezirk Hessen-Nord)

Einführung einer EU-Umsatzsteuer

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, ihre Anstrengungen auf die Einführung einer einheitlichen Umsatzsteuer auf EU-Ebene zu konzentrieren – insbesondere im Interesse kleiner und mittlerer Unternehmen.

(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag vom 14. bis 17. November 2005 in Karlsruhe)

Antrag 6

Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
(Bezirk Hessen-Nord)

Tagesbetreuungsausbaugesetz

Der Standortfaktor der Zukunft heißt Familienförderung und Familienfreundlichkeit. Regionen, in denen es nicht gelingt, ein familienfreundlicheres Klima zu schaffen, werden auf lange Sicht wirtschaftlich das Nachsehen haben. Weg- und Zuzüge in Gemeinden und kleineren Städten werden stark von dem vorhandenen Betreuungs- und Bildungsangebot bestimmt werden.

Die Bereitstellung von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren stellt für Städte und Gemeinden in Zukunft eine Herausforderung dar, die in Angriff genommen werden muss. Städten und Gemeinden muss die zeitliche Möglichkeit gegeben werden, ihrer Lage entsprechend ein tragfähiges Konzept für ihre Region zu entwickeln, das den Bedarf an Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder abdeckt.

Dazu ist zu überprüfen, inwieweit die bereitgestellten finanziellen Mittel von 1,5 Mrd. € ausreichen, um das wichtige Tagesbetreuungsausbaugesetz umzusetzen. Der Bedarf an solchen Betreuungsplätzen besteht, gerade um Hartz IV zu einem Erfolg zu machen.

Die Kommunen, die dieses Gesetz umsetzen müssen, müssen dementsprechend finanziell ausgestattet werden. Es gilt auch zu überprüfen, inwieweit bereits vorhandene Ressourcen im Kindergartenbereich für das Betreuungsangebot für unter drei-jährige Kinder genutzt werden kann.

(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag vom 14. bis 17. November 2005 in Karlsruhe)

Antrag 8

Bezirk Hessen-Süd

Sicherheit im Wandel statt sozialer Kälte

Bei der bevorstehenden Neuwahl zum Deutschen Bundestag geht es um eine Richtungsentscheidung. Es geht um die künftige Entwicklung von Gesellschaft und Staat in der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen eine ökologisch verantwortungsbewusste soziale Marktwirtschaft mit einem solidarischen Sozialstaat statt einem zügellosen Marktliberalismus mit der Entrechtung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir müssen den Menschen Sicherheit geben in einer sich wandelnden Welt. Der Weg in die soziale Kälte, wie er in Hessen derzeit von der CDU vorgelebt wird, muss verhindert werden.

Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland haben die Wahl:

- Soziale Gerechtigkeit und Gestaltung der Globalisierung statt enthemmten Kapitalismus und besinnungsloser Liberalisierung
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt statt Ausgrenzung und Spaltung
- Gerechte Steuerpolitik statt Bierdeckelpopulismus
- Solidarische Bürgerversicherung statt Kopfpauschale
- Sicherung der Arbeitnehmerrechte statt Hetze gegen die Gewerkschaften.

Die SPD muss in dieser Auseinandersetzung den Wählerinnen und Wählern eine klare Position und ein klares Profil bieten. Damit können wir die Auseinandersetzung mit Konservativen und Neoliberalen bestehen. Ein einfaches „weiter so!“ kann es nach den dramatischen Wahlergebnissen nicht geben.

Das Wahlprogramm der SPD muss aufbauen auf unseren gemeinsamen Grundwerten. Wir wollen die Freiheit des Einzelnen und wissen, dass wir die materiellen Voraussetzungen absichern müssen, damit von dieser Freiheit auch Gebrauch gemacht werden kann. Wir wollen Gerechtigkeit und wissen, dass Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit zusammengehören. Wir wollen Solidarität und wissen, dass das Einstehen der Starken für die Schwachen mit Selbstbestimmung einhergehen muss und nicht mit Bevormundung. Es sind diese Grundüberzeugungen, für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gemeinsam in den Wahlkampf ziehen,

selbst dann, wenn es in Einzelfragen Meinungsunterschiede gibt. Jetzt gilt es die grundsätzlichen Unterschiede zu CDU und FDP in konkreten Punkten herauszuarbeiten und dieses Profil zugespitzt zu vertreten.

1. Das oberste Ziel sozialdemokratischer Politik ist die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Hier brauchen wir zusätzliche Anstrengungen. Dazu gehören folgende Punkte:
 - Verhinderung von Lohndumping und wuchernden Niedriglohnsektoren durch eine Politik der sozial absichernden Mindestlöhne. Dies ist ein Beitrag zur Stärkung der Binnenkaufkraft. Ihre Stabilisierung ist ein Kernproblem der bundesdeutschen Wirtschaft- Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.
 - Im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und von kleinen und mittelständischen Betrieben darf die EU-Dienstleistungsrichtlinie nicht nach dem so genannten Herkunftslandprinzip geregelt werden.
 - Eine Verstetigung des Anstiegs der Investitionen in Forschung und Entwicklung, Bildung und Erziehung ist dringend geboten.
 - Eine Stärkung der Finanzkraft – insbesondere - der Kommunen ist die unabdingbare Voraussetzung zur Stärkung von Investitionen in die Infrastruktur. Das schafft Arbeit vor Ort.
 - Wir schützen die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Mitbestimmung ist ein soziales und ökonomisches Erfolgsmodell. Wir treten ein für Tarifautonomie und Kündigungsschutz.
 - Die Arbeitgeberverbände und die Unternehmen müssen ihre volkswirtschaftliche Verantwortung offensiv wahrnehmen. Eine ausschließliche Strategie der betriebswirtschaftlichen Optimierung bedeutet eine Profitmaximierung auf dem Rücken der Beschäftigten und der Arbeitslosen.
 - Da entgegen den gemachten Zusagen der Arbeitgeber und der Wirtschaft, der mit ihnen geschlossene Ausbildungspakt nicht zu einem ausreichenden Ausbildungsplatzangebot geführt hat, ist nunmehr eine gesetzliche Regelung der Ausbildungsplatzumlage unverzichtbar.
 - Mit diesen Maßnahmen können die Einkommen der Menschen gesichert werden oder neue Beschäftigung geschaffen werden. Die Sicherung der Einkommen ist der Schlüssel für eine Erholung der wirtschaftlichen Lage.
2. Die Belastungen aus der Finanzierung öffentlicher Aufgaben müssen gerecht verteilt werden.
 - Für weitere Senkungen der Unternehmenssteuern ist derzeit kein Raum. Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung sind viele Vorleistungen an die Arbeitgeber gemacht worden, diese sind jetzt in der Verantwortung, niedrigere Steuern und gestiegene Gewinne endlich in Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze umzusetzen. Wir setzen uns für

mehr Steuerkoordination und Steuerharmonisierung auf europäischer Ebene ein, die auch eine Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen umfassen muss.

- Wir brauchen insbesondere bei den höchsten Einkommen eine verbesserte Spitzenbesteuerung. Die SPD muss – gemäß den Beschlüssen des Bochumer Parteitages – auch an der Vermögens- und Erbschaftssteuer festhalten, die integraler Bestandteil einer gerechten Steuerpolitik sind.
3. Die Hartz-Reform muss in ihren konkreten Auswirkungen überprüft und entsprechend korrigiert werden, insbesondere die Bezugsdauer muss zugunsten älterer Arbeitnehmer bzw. langjähriger Beitragszahler verändert werden. Gerade Facharbeiter haben das System der sozialen Sicherung getragen und dürfen jetzt nicht zu den Verlierern gemacht werden.
 4. Wir müssen die bestehenden solidarischen Sozialsysteme stabilisieren. Die Solidarische Bürgerversicherung als die zukunftsfähige Alternative zur CDU-Kopfpauschale muss zentrales Element des Manifestes und der Wahlkampfstrategie werden. Die Bürgerversicherung stärkt das Solidaritätsprinzip und schützt Familien.
 5. Um die Zukunft von Arbeit und Umwelt zu sichern muss der soziale und ökologische Umbau der Gesellschaft im Sinne der darin lebenden Menschen vorangetrieben werden. Ein Wiedereinstieg in die Atomenergie ist nicht zu verantworten.
 6. Von Deutschland muss Frieden ausgehen. Wir brauchen eine Bundesregierung, die gerade gegenüber der amerikanischen Bush-Administration selbstbewusst ist.

Ein deutlicher Kompetenzvorsprung der SPD für einen europäischen Sozialstaat und für mehr Gerechtigkeit ist eine Grundlage für Stimmenzugewinne. Ein scharfes Profil der SPD ist ein guter Kontrast zu den Scheinlösungen der Konservativen. Die Grundwerte der SPD – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - sind der beste Maßstab für Politik im Interesse der Menschen. Deshalb wird die SPD für sie kämpfen.

(Erledigt durch Wahlmanifest und überwiesen an Parteivorstand und zukünftige Bundestagsfraktion)

Antrag 9

Bezirk Hessen-Süd

Deutschland gerecht

Deutschland hat sich seit der Regierungsübernahme der rot-grünen Koalition 1998 zum Positiven verändert. Es ist an vielen Stellen freier und offener geworden, verantwortungsbewusster und zukunftsorientierter.

Dabei steht die SPD für Sicherung der Arbeitnehmerrechte und die gezielte Förderung Jugendlicher beim Berufseinstieg. Sie ist außerdem die moderne Familienpartei, die insbesondere Kinder unterstützt. In der Bildungspolitik zieht sie mit der Förderung der Ganztagschule die richtigen Konsequenzen aus PISA. In der Steuerpolitik wurden Schlupflöcher für Reiche gestopft und kleine sowie mittlere Einkommen entlastet. Das klare Nein zum Irak-Krieg war genau so notwendig wie richtig.

Die Union setzt dagegen mit ihrer Kanzlerkandidatin Merkel auf die unsolidarische Kopfpauschale, möchte Pendlerpauschale und steuerfreie Nacht- und Feiertagszuschläge abschaffen und setzt auf eine weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes. Die Hochrisikotechnologie Kernkraft soll eine Renaissance erleben. Außerdem muss Deutschland sich auf außenpolitische Abenteuer einstellen.

Wir kämpfen auch für die kommende Legislaturperiode für eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung. Doch wir wollen mehr:

1. Wir sind bereit, unsere Fehler einzugestehen.

Das einseitige Setzen auf die Senkung der Lohnnebenkosten hat den Menschen vieles zugemutet: die Rentenreform, die Gesundheitsreform und auch die Arbeitsmarktreform werden in der Bevölkerung primär als sozial ungerecht wahrgenommen – auch weil diese Reformen nicht in der Lage waren, dem Arbeitsmarkt die dringend notwendigen Impulse zu geben.

Die Armutsquote ist von 1998 bis 2003 von 12,1 Prozent auf 13,5 Prozent gestiegen. Das damit verbundene gesteigerte Interesse an sozialem Ausgleich und sozialer Sicherheit anzunehmen und in konkrete Politik umzusetzen ist uns nicht in ausreichendem Maße gelungen und dies lag nicht ausschließlich an der konservativen Mehrheit im Bundesrat.

2. Wir sind bereit, aus unseren Fehlern zu lernen

Mit jeder Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt aber verschlechtert sich auch die Situation der Sozialversicherungssysteme. Die Fortsetzung der gescheiterten Lohnnebenkosten-Senkungsstrategie wird uns demnach zwangs-läufig zu weiteren Einschnitten führen, die politisch weder so gewollt noch vermittelbar sind. Wir wollen und müssen diesen Kurs daher korrigieren.

Dazu gehört das Anerkennen der Tatsache, dass das Ziel der Vollbeschäftigung auf mittlere Sicht nicht erreichbar ist. Langfristig wollen wir einen Systemwechsel von der heutigen Arbeitslosenversicherung hin zu einem Modell der Arbeitsversicherung, das allen Menschen ein menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe auch in Phasen der Nichterwerbsarbeit garantiert. Kurzfristig müssen wir jedoch in einem ersten Schritt die bisherige Arbeitsmarktreform sozial korrigieren. Dies betrifft vor allem in erster Linie die Bezugsdauer des ALG I sowie die Zumutbarkeitsregeln.

Dazu gehört eine solidarische Bürgerversicherung, die alle Einkommensarten für die Kranken- und Pflegeversicherung heranzieht, dadurch niedrigere Beitragssätze erreicht und Schluss macht mit der versicherungstechnischen Ungleichbehandlung von Kassen- und Privatpatienten.

Dazu gehört die Wiedereinführung einer verfassungskonformen Vermögenssteuer. Das damit eingenommene Geld soll komplett in die Bildung fließen, damit wir auch in Zukunft qualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland anbieten können.

Dazu gehört die Erhöhung der Erbschaftssteuer. Die Bürgerversicherung, die Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer sind hierbei vor allem als Beschlusslagen aus Bochum baldmöglichst umzusetzen.

Dazu gehört auch die Einführung eines gesetzlich garantierten Mindestlohns, die Ausdehnung des Kündigungsschutzes, die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung, ein kostenlos zugängliches Bildungssystem von Kindertagesstätte bis zur Uni und die Umsetzung der Ausbildungsumlage.

Dazu gehört auch die Bekämpfung von Lohndumping und Schwarzarbeit durch die Ausweitung des Entsendegesetzes und die Stärkung der kommunalen Finanzen, wodurch mehr Investitionen zum Beispiel im Bereich der Infrastruktur zu erreichen sind.

Wir wollen weiter die soziale Gerechtigkeit verwirklichen. Familien wurden in den letzten sieben Jahren massiv entlastet und gefördert. Das muss fortgesetzt werden und auf Landes- und kommunaler Ebene weiter umgesetzt werden: Kinderbetreuung für unter Drei-jährige, mehr Kindergartenplätze und Ganztagschulen.

Wir wollen ein offenes und tolerantes Deutschland und lehnen jegliche Angstmacherei gegenüber Fremden und jegliche Form von Radikalismus ab.

3. Wir sind bereit, uns in die Auseinandersetzung zu begeben

Die voraussichtlichen Neuwahlen am 18. September geben den Menschen die Möglichkeit, eine echte Richtungsentscheidung über die Zukunft Deutschlands zu treffen.

Das Bild eines zukünftigen Deutschlands, das CDU und FDP dieser Tage zeichnen, ist nicht unseres. Ein Land ohne nennenswerte Arbeitnehmerrechte und ohne Ernst zu nehmende soziale Sicherung, in dem jeder sich selbst der Nächste ist, in dem die Reichen privilegiert und die Armen chancenlos sind, können und werden wir nicht hinnehmen.

Die Rezepte der Konservativen und Liberalen sind die Rezepte des 20. Jahrhunderts. Sie sind die Fortsetzung Kohlscher Politik, die uns die Sockelarbeitslosigkeit von vier Millionen, die stetig auseinander gehende Schere zwischen Arm und Reich und den völlig überschuldeten Staat überhaupt erst beschert hat.

4. Wir sind bereit für weitere vier Jahre

Die SPD ist die einzige Partei der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland. Sie ist die einzige Alternative zwischen der Kälte auf Seiten der Konservativen und einem linken Illusionismus auf Seiten der Splittergruppen.

Dies muss für die Menschen programmatisch erfahrbar sein. Wir setzen daher auf einen Kurs der sozialen Gerechtigkeit.

(Erledigt durch Wahlmanifest und überwiesen an Parteivorstand und zukünftige Bundestagsfraktion)

Antrag 10

Bezirk Hessen-Süd

Mindestlohn

Der Bundesparteitag begrüßt die Initiativen der Bundesregierung im Kampf gegen Lohndumping.

Wir fordern die Bundesregierung auf, neben einer Ausdehnung der Anwendung des Entsendegesetzes auf alle Tarifbereiche, die Bedingungen für Allgemeinverbindlichkeitserklärungen zu vereinfachen und einen Mindestlohn gesetzlich zu verankern. Der gesetzliche Mindestlohn muss für alle Bereiche gelten, in denen weder die Anwendung des Entsendegesetzes noch die Allgemeinverbindlichkeit Geltung erlangen.

Der Bundesparteitag befürwortet einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland von 7,50 Euro brutto pro Stunde (bei einer 38,5 Stundenwoche 1.250 Euro brutto monatlich). Die jährliche Dynamisierung des Mindestlohns soll möglichst im Einvernehmen mit den Tarifparteien erfolgen.

(Erledigt durch Wahlmanifest und überwiesen an Parteivorstand und zukünftige Bundestagsfraktion)

II. Weitere Anträge

1. Für erledigt erklärt (Beschluss des Wahlmanifestes) wurde:

Antrag 1, Antrag 7

2. „Nichtbefassung“ wurde beschlossen für den Antrag:

Antrag 2